

Laibacher Zeitung.

Nr. 65.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Mittwoch, 20. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr.,
2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr.,
3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1872.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. März d. J. dem Hofrath des Obersten Gerichtshofes Moriz Ritter von Wittmann den Freiherrnstand und dem Hofrath Peregrin Purschka das Ritterkreuz Allerhöchsthies Leopold-Ordens, und zwar beiden in Anerkennung ihrer vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung, allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. März d. J. dem Landesgerichtsrathe Dr. Johann Maccari in Triest aus Anlaß der über sein Ansuchen erfolgten Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und ausgezeichneten Dienstleistung den Titel und Rang eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Jozef v. Bezák, Ludwig Grafen Basquez Pinós und Dr. Vincenz Bock die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichisch-allgemeine Approvisionirungs-Gesellschaft in Wien“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Julius Dörfel, Theodor Hoppe, J. G. Rezbach und Gottfried Wilda die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Lilienfelder Cement-Gewerkschaften“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Nikolaus Grafen Esterházy, Gustav Ritter v. Boschan, Dr. Johann Lorenz, Ed. Horn, Franz Grünzweig, Max Stengel und Adolf Goldschmidt die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Rückversicherungsbank „Atlas“ in Wien“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 16. März 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, croatische und romanische Ausgabe des am 15. März 1872 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen VIII. Stückes des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1872 ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 19 das kaiserliche Patent vom 13. März 1872, betreffend die Auflösung des Landtages von Böhmen und die Einberufung des neu zu wählenden Landtages auf den 24. April 1872.
(Br. Ztg. Nr. 62 vom 16. März.)

Nichtamtlicher Theil.

Rundmachung.

Ueber Antrag der Commission, welche vom Ackerbauministerium im Jahre 1870 zur Verathung über die Maßregeln zur Hebung der Samenproduction eingesetzt und deren Bericht seinerzeit der Oeffentlichkeit übergeben wurde, hat das Ackerbauministerium im Jahre 1870 zwei Reisestipendien zum eingehenden Studium des Gemüsesbaues, beziehungsweise des landwirthschaftlichen Gartenbaues und der Samenucht im Auslande ausgeschrieben und diese Stipendien an den Lehramtsassistenten Gustav Marek in Tetschen-Liebwerd und an den Gärtner Adolf Böhl aus Wien verliehen.

Die von diesen beiden Stipendisten eingelangten Berichte, deren größter Theil sowohl im landwirthschaftlichen Wochenblatte des Ackerbauministeriums als in einzelnen Fachblättern veröffentlicht wurde, haben den Erfolg der Aussetzung dieser Reisestipendien bestätigt. Im Interesse der Heranbildung weiterer Lehrkräfte, welche für den Unterricht im Gemüsesbau und der Samenucht an noch so vielen unserer einheimischen landwirthschaftlichen Lehranstalten, Mittel- und Ackerbauschulen ganz fehlen, sieht sich das Ackerbauministerium veranlaßt, auch im heurigen Jahre wieder zwei solche Reisestipendien auszusprechen.

Auch dieses Mal wird der Reisebetrag wieder auf je 800 fl. und die auf diese Reise zu verwendende Zeit auf mindestens ein halbes Jahr festgesetzt.

Die Stipendisten sollen an solchen Orten des Aus-

landes, namentlich Nord-Deutschlands, wo diese Culturzweige in hoher Vollkommenheit betrieben werden, Bodenverhältnisse, Cultur und Aufbewahrung der zur Samen-gewinnung bestimmten Pflanzen, Cultur und Ernte der Samen im großen Maßstabe, deren Reinigung und Aufbewahrung, Schätzung und Bestimmung des Marktwertehes derselben studiren und sich in Bezug auf den Samenhandel soweit informieren, als für den Producenten zur guten Verwaltung seiner Erzeugnisse nothwendig ist. Die gewonnenen Erfahrungen sind in Berichten niederzulegen, welche eventuell zur Veröffentlichung kommen werden.

Jene Bewerber, welche bereits dem landwirthschaftlichen Lehrfache angehören oder doch ihren Beruf dazu documentiren, werden bevorzugt.

Diesjährige Bewerbungen sind bis 15. Mai 1872 im Wege der betreffenden Gartenbau- oder Landwirthschafts-Gesellschaft an das Ackerbauministerium zu richten. Wien, am 14. März 1872.

Vom k. k. Ackerbauministerium.

Die Auflösung des böhmischen Landtages.

Die durch das Allerhöchste Patent vom 13. d. M. verfügte Auflösung des böhmischen Landtages wird von der verfassungstreuen Partei in ganz Oesterreich mit wahrer Befriedigung aufgenommen werden. Die Auflösung dieses oppositionellen Körpers wird auch von der gesamten verfassungstreuen Presse Wiens mit lebhafter Genugthuung begrüßt. Einstimmig wird die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der obigen Maßregel hervorgehoben und allseitig der Wunsch und die Zuversicht an dieselbe geknüpft, daß sie sich als ein wirksamer Schritt zur Consolidirung der arg unterwühlten Zustände im Königreiche Böhmen und zur endgültigen Ordnung der Verfassungsverhältnisse Oesterreichs erweisen möge. „Das Ministerium“ äußert sich die „Neue Freie Presse“, schreitet mit Bedacht und Consequenz in seiner Action vorwärts. Der böhmische Landtag ist aufgelöst. Von den Resultaten der Neuwahlen hängt Wichtiges ab. Wenn der böhmische Landtag eine Vollzahl verfassungstreuer Abgeordneten in den Reichsrath entsendet, dann sichert die verfassungstreue Partei nicht bloß für sich allein die Beschlußfähigkeit des Abgeordnetenhauses, sondern sie gewinnt auch eine solche Zahlenstärke, daß sie über die Zweidrittel-Mehrheit verfügt. Die Wirkung des Nothwahlgesetzes in Bezug auf den Bestand des Reichsrathes wird verstärkt und erweitert und die Wahlreformfrage ist durch den guten Ausgang der böhmischen Wahlen sofort im Sinne ihrer Lösung entschieden. Mit Spannung — fährt das genannte Blatt fort — blicken wir deshalb dem Ausgang der Wahlen entgegen — mit Spannung, aber auch mit Zuversicht. Die Elemente, welche derzeit die politische Lage beherrschen, sind in der letzten Zeit langsam, aber doch entschieden gekräftigt worden. Die Minister haben gezeigt, daß unter ihrer Leitung eine normale, von störenden Zwischenfällen ungetrübte Geschäftsführung möglich ist. Die rasche Vortreibung der Steuern, der Budgets, des Nothwahlgesetzes sind eben so viele Zeichen, daß die Staatsmaschine einen leichten, sicheren Gang einhält. Auch die Heranziehung wenigstens einzelner Oppositionsfractionen zum friedlichen Verfassungsleben kann nicht übersehen werden. Alle diese Elemente der Stärke, welche sich seit November um das Ministerium kräftigten, sind den Großgrundbesitzern Böhmens und insbesondere auch dem gut österreichischen Adel unter denselben nicht unbekannt geblieben. Diese Wähler werden daher eben wegen des conservativen Interesses, das sie repräsentiren, ihre Stimmen zu Gunsten einer Sache abgeben, welche endlich die der Stabilität zu sein mit Recht von sich rühmen darf. So begrüßen wir denn das kaiserliche Patent vom 13. d. Mts. mit aufrichtiger Genugthuung. Mögen alle Elemente, welchen der endliche Abschluß unserer Wirren am Herzen liegt, zu einem guten Erfolge mitwirken.“

Die „Presse“ weist auf die jeder Art der Loyalität und jedes politischen Anstandes baren Agitationen der Oppositionspartei in Böhmen hin und glaubt, daß nach den jüngsten Erfahrungen niemand mehr in Zweifel darüber sein könne, auf welcher Seite ihn Loyalität und Vaterlandsliebe rufen. Eine Niederlage der Opposition werde angesichts der unausgesetzten heunruhigenden Agitationen sicher selbst von der großen Menge der ruhigen und gemäßigten Denkenden in der tschechischen Bevölkerung ohne Trauer aufgenommen werden. Die Faisseus der Agitation hätten in der letzten Zeit unausgesetzter Täu-

schungen ihrem Grolle mit Hintansetzung aller Vorsicht so blind die Zügel schießen lassen, daß die besonnenen Elemente der eigenen Partei erschreckt zurückgestoßen worden seien. Schon jetzt nach verhältnißmäßig kurzer Zeit consequenter Regierungsthätigkeit seien in Böhmen so ziemlich die Bedingungen gegeben, die von den Neuwahlen eine Wendung zum Besseren erwarten ließen. Die Bevölkerung Böhmens brauche nur durch längere Zeit ein klares Programm, einen festen Willen und positives Wirken der Regierung zu sehen, und die Verhältnisse würden auch dort bald eine ganz andere Gestaltung gewinnen.

Die „Deutsche Zeitung“ hofft, daß der verfassungstreue Großgrundbesitz in Böhmen trotz aller Agitationen von gegnerischer Seite bei den kommenden Wahlen den Sieg davontragen werde. Einem nicht geringen Theile der wahrhaft conservativen Großgrundbesitzer seien glücklicher Weise die Augen geöffnet worden über die Pläne, Ziele und die Loyalität der Führer der böhmischen Opposition.

Nicht minder befriedigt und hoffnungsvoll sprechen sich „Tagespresse“ und „Fremdenblatt“ aus. Das erstere Blatt kennzeichnet die Auflösung des böhmischen Landtages als ein nothwendiges Glied in der auf die Consolidirung unserer Verfassungsverhältnisse bezüglichen Kette von Maßregeln und glaubt auf ein solches Resultat der ausgeschriebenen Neuwahlen hoffen zu können, welches der verfassungstreuen Partei des Abgeordnetenhauses ein ansehnliches Contingent zuführen werde. — Das „Fremdenblatt“ theilt die nämliche Zuversicht und betont, gleichwie das „Tagblatt“, daß die Auflösung des böhmischen Landtages schon aus administrativen Gründen nothwendig geworden sei. Der gegenwärtige Landesauschuß von Böhmen habe nämlich die entscheidende Abneigung gegen die Staatsgesetze zu erkennen gegeben und der Regierung und Verfassung gegenüber eine solche Stellung eingenommen, daß mit ihm füglich nicht fortadministriert werden konnte. In ähnlicher Weise sprechen sich „Vorstadt-Zeitung“ und „Morgenpost“ aus.

26. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. März.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Minuten.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Passer, Dr. Cläfer, Dr. Unger, Freiherr de Pretis, der Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums Oberst Horst.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Von den Ministerien für Handel und für Finanzen wird eine Vorlage, betreffend die Abschließung eines Vertrages mit der Dampfschiffahrts-Gesellschaft des österreichisch-ungarischen Lloyd wegen einer directen und unmittelbaren Postdampferverbindung zwischen Triest und Bombay; vom Finanzministerium eine Vorlage, betreffend die Entlastung einiger zur Veräußerung bestimmten Objecte des unbeweglichen Staatseigenthums durch die Uebertragung der darauf haftenden Pfandrechte auf andere Objecte — auf den Tisch des Hauses gelegt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Abg. Danilo und Genossen interpelliren Se. Exc. den Herrn Handelsminister, ob die gegenwärtige Regierung gesonnen sei, noch in dieser Session des Reichsrathes den erforderlichen Credit anzusuchen, um die Regulirung des Flußbettes der Narenta und Entsumpfung dieses Thales in Angriff zu nehmen.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Abg. Dr. Berger beantragt, die beiden Regierungsvorlagen, betreffend die Gesetzentwürfe über

a. die Bewilligung zur Aufnahme eines Lotterielehens der Landeshauptstadt Salzburg und

b. die Ausprägung von Silbercheidemünzen dem Finanzausschuß; den Gesetzentwurf über die Abänderung des Gesetzes vom 13. Mai 1869, betreffend die Landwehr, einem sofort zu wählenden Ausschusse von zwölf Mitgliedern zuzuwiesen. (Angenommen.)

Ueber Antrag des Abg. Freiherrn v. Pasotini wird die Regierungsvorlage, betreffend den Lloyd-Vertrag in erster Lösung dem Lloyd-Ausschuß zugewiesen.

Nächster Gegenstand ist die Wahl eines Ausschusses von zwölf Mitgliedern zur Vorberathung des Gesetzent-

wurde wegen Deckung des Bedarfs an Pferden bei Mobilisirung des stehenden Heeres und der Landwehr. Weiters die Wahl des beschlossenen Ausschusses von zwölf Mitgliedern für die Abänderung des Gesetzes vom 13. Mai 1869 über die Landwehr.

Das Gesetz, betreffend die Gehalte der Professoren an den vom Staate erhaltenen Hebammenschulen, wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt nun die zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Gesetz wegen Handhabung der Disciplinargewalt über Advocaten und Advocatur-Candidaten.

Das Gesetz wird sammt dem dazu gehörigen Einführungsgeetze in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Auch das Gesetz, betreffend die Genehmigung zur Vereinigung von vier Walparzellen mit dem Philipp Ferdinand von Gudenus'schen Realideicommiss Waldböfen an den Thaya, wird nach dem Antrage des Ausschusses conform den Beschlüssen des Herrenhauses ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Hierauf geht das Haus zur Verathung des vom Herrenhause mit einer Abänderung in § 5 zurückgegangenen Gesetzentwurfes, betreffend die Anstellung ausgedienter Unterofficiere, über.

Was nun die Frage der Befähigung betrifft, so will der Ausschuss, daß nur jenen Unterofficieren Anspruch auf Civildienststellen eingeräumt werde, welche die volle Qualifikation nachgewiesen haben.

§ 5 wird in der vom Ausschusse beantragten, mit dem Beschlusse des Herrenhauses conformen Fassung angenommen, und somit wurde das Gesetz erledigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Creditanspruch von 500.000 fl. zum Zwecke der provisorischen Unterstützung hilfsbedürftiger katholischer Seelsorger.

Bei der Debatte ergreift auch Sr. Excellenz der Herr Minister für Cultus und Unterricht, Dr. von Stremayr, das Wort und sagt unter anderem:

„Der Artikel 26 des Concordates enthält die Bestimmung, daß die Ausstattung der Pfarren, welche keine nach den Verhältnissen der Zeit und des Ortes genügenden Congrua haben, so bald als möglich — „quam primum fieri poterit“ heißt der lateinische Text — vermehrt werde.

Es war das im Jahre 1855. Der Kirche, dem hohen Episcopat ist ein Zeitraum von mehr als 16 Jahren zur Verfügung gestanden, um dem als so dringend erkannten Bedürfnisse des niederen Seelsorgeclerus abzuheifen, und es ist in der Sache zwar hier und da verfahren, aber an der Sache selber nichts gebessert worden. Erst der gegenwärtigen Regierung ist es gegönnt, nach Aufhebung des Concordates mit einem, wenn auch nur vorläufigen Antrage hervorzutreten und, wie ich glaube, der Zustimmung der hohen Volksvertretung in dieser Richtung gewiß zu sein. Möge diese Uebereinstimmung zwischen der Regierung und dem h. Hause auch nach außen hin zur Aufklärung dienen, zur Aufklärung in den Kreisen des Seelsorgeclerus, ja in allen Schichten des Volkes und des Landvolkes insbesondere, daß Regierung sowie Vertretung thatkräftig eintreten zur Förderung der Interessen der Religion, daß aber Staatsgewalt und Vertretung auch einig sind, Angriffe zurückzuweisen, welche unter dem Deckmantel der Religion die Grundfesten unseres Staates erschüttern.

Meine Herren, es ist traurig, wenn der Vertreter des Cultus im Staate genöthigt ist, bei diesem Anlasse die Würdigkeit des Seelsorgeclerus betonen zu müssen. Es ist traurig, aber leider auch nothwendig Agitationen gegenüber, wie sie ja selbst aus dem Munde des Herrn Abgeordneten aus Tirol zu entnehmen waren. War er es nicht, welcher uns heute die Versicherung gegeben hat, daß es ihm trotz der zwei zur Seite stehenden Gendarmen gelungen ist, das Unter-Thal zu gewinnen? Meine Herren! Wofür zu gewinnen? Für die hohen Ziele unserer Religion, für die hohen sittlichen Aufgaben des Lebens? Nein, für eine Agitation, welche gerichtet ist gegen die Schulgesetze, ja gegen die Verfassung, für eine Agitation, welche gerichtet ist gegen die höchsten Aufgaben des Staates, ja gegen den Bestand des Reiches.“

Der Gesetzentwurf sammt Titel und Eingang wird in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Nachdem der Präsident die Constituierung zweier gewählten Ausschüsse bekannt gegeben hat, wird die Sitzung geschlossen.

Parlamentarisches.

Wien, 16. März.

Am 15. d. M. Vormittags fand die Sitzung des Genossenschaftsgesetzes-Ausschusses statt. Die §§ 1 und 2 des Gesetzes wurden nach erfolgter Debatte und stilisierter Aenderung conform der Regierungsvorlage genehmigt. Die Debatte über § 3 wird vertagt.

Bei der am 17. d. Vormittags stattgefundenen Sitzung des Verfassungsausschusses fand die Fortsetzung der Debatte über die Anträge D, b und c des Subcomité-Elaborates an der Tagesordnung.

Sr. Excellenz der Herr Minister des Innern Frei-

herr von Caffe r ergreift das Wort: „Was den Punkt 1 der Resolution betrifft, so vertritt die Regierung den Standpunkt, daß nicht früher über Punkt 1 ein veristabler Beschluß gefaßt werde, als bis die Frage der directen Wahlen formalisirt ist. Der Punkt 1 hat eine zweifache Bedeutung; zunächst jene einer Ausnahme von dem Grundgesetze über die Reichsvertretung, daß die Bestimmung der Gruppen auf Antrag der Landtage durch die Reichs-Gesetzgebung erfolgt.“

Die zweite Bedeutung liegt in dem Verlangen des galizischen Landtages, exempt zu werden von der zu gewärtigenden Bestimmung des Wahlreform-Gesetzes, daß nur die Reichs-Gesetzgebung über den Modus der Besetzung des Reichsrathes entscheiden soll. Man kann doch nicht früher eine Ausnahme festsetzen, bevor die Regel festgesetzt ist, deshalb muß das Wahlreform-Gesetz früher formalisirt werden. In dieser Beziehung hat die Regierung einen Zusammenhang des galizischen Ausgleiches mit der Wahlreform nie geleugnet; nur bezüglich der übrigen Concessionen findet sie nicht die Nothwendigkeit eines Concesses. Die Regierung wünscht daher, daß nur bezüglich Punkt 1 der Resolution eine Suspendirung der Verhandlung eintrete, bezüglich der übrigen Punkte aber ein Abschluß im Ausschusse stattfindet.

Lit. c des Subcomité-Elaborates wird hierauf mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen.

Daselbe lautet: „Bezüglich des ersten Absatzes der galizischen Resolution wird beschlossen, wegen des inneren Zusammenhanges desselben mit der Durchführung der Wahlreform in eine Verathung erst zur Zeit der Verathung über die letztere einzugehen.“

Es wird nun zur Verhandlung über den Antrag des Abg. Dr. Weber geschritten, indem Abg. Dr. Weber nach Darlegung der besonderen Interessen Biala's und anderer Gemeinden den Antrag stellt, daß die über die galizische Resolution gefaßten Beschlüsse auf die Herzogthümer Auschwitz und Zator keine Anwendung finden sollten.

Sr. Exc. Minister Dr. Unger: Die Frage der Ausscheidung eines Gebietstheiles aus einem Lande ist nicht so einfach. Es sind hierzu drei Gesetze nöthig: der beiden Länder, welche betroffen werden, und ein Reichsgesetz. Gegen die Ausscheidung der Herzogthümer muß sich die Regierung entschieden erklären, denn sonst würde aus dem Titel der nationalen Zusammengehörigkeit eine wahre Gebietswanderung eintreten. Gestattet man die Ausscheidung, so werden auch die anderen Nationalitäten ein gleiches Recht beanspruchen, und dies würde zu einer Dismembration des Landes führen.

Eine Ausscheidung Biala's aus dem Verbande mit Galizien aus dem Titel der Nationalität würde auf der Voraussetzung beruhen, daß mit dem Ausgleich die Interessen der einzelnen Nationalitäten in diesem Lande und daher auch des Reiches preisgegeben werden, eine Voraussetzung, unter der wohl niemand für den Ausgleich stimmen könnte. Ohne Zusammenhang mit dem galizischen Ausgleich mag die Verbindung von Biala mit Biala immerhin angestrebt werden, doch sei die Frage als eine rein locale und selbständige ins Auge zu fassen. Gegen eine Trennung Biala's von Galizien bei Gelegenheit und auf Grundlage des galizischen Ausgleiches müßte sich die Regierung ablehnend verhalten.

Bei der hierauf stattfindenden Abstimmung wird der Antrag des Abg. Dr. Weber, daß das Ausgleichsgesetz auf Auschwitz keine Anwendung finde, abgelehnt, wodurch der zweite Antrag bezüglich Zator entfällt.

Der Ausschuss zur Vorberathung des Walbert'schen Antrages, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Altkatholiken, hielt am 15. März d. J. die erste Sitzung. In der Debatte erklärte Sr. Excellenz Herr Cultusminister v. Stremayr schließlich folgendes: „Eine Frage, welche an die Regierung gerichtet worden ist, geht dahin, als was die Regierung die Altkatholiken ansehe, und darauf antworte ich, daß sie dieselben als Katholiken betrachte. Die Regierung hat durch den Erlaß vom 20. Februar d. J. ihren Gottesdienst nicht gestört, und wenn das Dogma der Unfehlbarkeit von einem oder dem anderen ordentlichen Seelsorger als ein Hinderniß der kirchlichen Eheschließung erklärt wird, so steht der Weg offen, die Ehe vor der Civilbehörde zu schließen, und es steht den betreffenden Brautleuten dann immer noch frei, die Ehe nachträglich auch von ihren altkatholischen Geistlichen einsegnen zu lassen. Dagegen wird gewiß von der Regierung kein Anstand erhoben.“

Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Nichtanerkennung des Dogma's der Unfehlbarkeit vom Clerus selbst nicht als ein Hinderniß der kirchlichen Eheschließung behandelt wird, und es ist erst kürzlich dem Vernehmen nach in Wien der Fall vorgenommen, daß zwei Brautleute aus Anlaß des mit ihnen vorgenommenen kirchlichen Examens unaufgefordert dem Seelsorger erklärten, daß sie an das Dogma der Unfehlbarkeit nicht glauben. Der betreffende Priester ist darüber hinweggegangen und hat ihrer Eheschließung nicht das mindeste Hinderniß entgegengegesetzt. Daraus geht hervor, daß die gegenwärtig bestehenden Gesetze in Bezug auf Eheschließung der Altkatholiken vollständig ausreichen. Nicht zu übersehen ist es auch in dieser Frage, daß die Altkatholiken sich mit der Bestreitung des Dogma's der Unfehlbarkeit allein

nicht begnügen, sie gehen viel weiter und wollen namentlich die Kirchenverfassung in der Richtung abgeändert haben, daß den Laien ein wesentlicher Einfluß gesichert werde.

Mit diesem Bestreben richten sie sich aber gegen die Bestimmungen des Concils von Trient und mithin auch gegen den Katholicismus, wie er schon vor dem 18. Juli 1870 bestanden hat. Sie streben mithin zwei Dinge an, die sich gegenseitig ausschließen; sie wollen Katholiken bleiben und die katholische Kirchenverfassung nicht anerkennen. Darum muß man auch mit größter Vorsicht in der Sache vorgehen, und namentlich der Staat soll sich solchen Reformbestrebungen gegenüber möglichst kühl verhalten, weil wir in der Zeit des Indifferentismus leben. Vergleichen wir die Bestrebungen der Altkatholiken, wie sie in Oesterreich zu Tage treten, mit jenen in Deutschland, so zeigt sich, daß hier ein wesentlicher Unterschied obwaltet. Döllinger, der Führer der altkatholischen Bewegung in Deutschland, steht nicht auf demselben Standpunkt wie unsere Altkatholiken; er verurtheilt die Bestrebungen der Letzteren und hält dafür, daß durch dieses Bestreben das Dogma der Unfehlbarkeit nur befestigt werde.

Dieser Streit muß sich auf dem wissenschaftlich-theologischen Gebiete vollziehen, und darum kann nicht genug Vorsicht empfohlen werden. Die Bestrebungen der Altkatholiken erinnern vielfach an den Deutsch-Katholicismus, und ich erinnere jene Herren, welche den Verlauf desselben bei seinem ersten Auftreten nicht beobachtet konnten, an die Ausführungen, welche in den ersten Schriften Ronge's enthalten sind. Es ist daher sehr wohl zu erwägen, was gethan oder unterlassen werden soll, denn gerade im Kampf zwischen Kirche und Staat muß jeder falsche Schritt vermieden werden.“

Nach diesen Erklärungen wurde wegen vorgerückter Abendstunde die Sitzung abgebrochen und die Fortsetzung der Generaldebatte für die nächste Sitzung anberaumt.

Nach dem Gesetzentwurfe des Unterrichts-Ausschusses, durch welchen § 3 des Gesetzes vom 26ten März 1869, R. G. Bl. Nr. 40, betreffend die Bezüge der Landeschulinspectoren abgeändert werden soll, wird die Zahl der Landeschulinspectoren mit wenigstens 36 festgesetzt. Den Amtssitz so wie den Umfang der Functionen jedes derselben bestimmt der Unterrichtsminister.

Die Landeschulinspectoren bilden einen Concretalstatus, innerhalb dessen bei gradueller Vorrückung die eine Hälfte einen Gehalt von 2700 fl. und die andere Hälfte einen Gehalt von 2100 fl. genießt. Ist eine ungerade Anzahl von Stellen systemisirt, so ist die Mehrzahl in die niedere Gehaltsstufe einzureihen. Die Landeschulinspectoren stehen in der IV. Diätenklasse. Die Landeschulinspectoren in Wien und Triest beziehen ein Quartiergeld à 450 fl., alle anderen eine Localzulage à 300 fl. Die Kosten der Dienstreisen sind in der bisherigen Weise durch Pauschalbeträge zu decken. Für die Wittwen der Landeschulinspectoren wird eine Pension mit 500 fl. festgesetzt.

Der Ausschuss über die Regierungsvorlage betreffend das Gesetz über die Errichtung einer Hochschule für Bodencultur in Wien hat seinen Bericht bereits versendet. Nach demselben sollen alle Auslagen für die Errichtung und Erhaltung der Hochschule aus Staatsmitteln bestritten werden. Die Anzahl der Lehrkanzeln, beziehungsweise Lehrfächer ist im Verordnungswege festzustellen. Die Bezüge, Quinquennalzulagen, Quartiergelder und die Rangstellung der Professoren sind analog jenen an technischen Hochschulen.

Der Ausschuss glaubt auch, im Interesse des baldigen Insultentretens der Hochschule dem h. Hause lediglich nachstehende Resolution zur Annahme empfehlen zu sollen: „Die Regierung wird aufgefordert zu erwägen, inwiefern die Hochschule für Bodencultur nach vollendeter Organisation in das Ressort des Unterrichtsministeriums unter Wahrung der entsprechenden Einflußnahme des Ackerbauministeriums überzugehen hat.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 19. März.

Deak hat am 15. d. eine Deputation der Landes-Deak-Partei empfangen. Der große ungarische Patriot bemerkte der Deputation: Man müsse eine Constitution nicht nach Einzelheiten, sondern in ihrer Gesamtheit beurtheilen und nicht den Blick lediglich bei den Mängeln derselben weilen lassen, sondern wie ein gewissenhafter Kaufmann die Bilanz der Vorzüge und Fehler ziehen. Vollends jetzt sei es nicht an der Zeit nach den Mängeln zu suchen, die nicht weggelängnet werden können, jetzt handle es sich um die Frage, ob das Fundament erhalten werden solle. „Wenn ja,“ fährt der Redner fort, „dann müssen wir auf das Feld der Action hinausretreten, auf die Majorität uns stützen und sie neuerdings zu gewinnen trachten. Da wird es nun Aufgabe eurer Klugheit sein, das Nothwendige zu thun, dazu wird aber vor allem strenges Zusammenhalten nöthig sein. Es giebt gewiß so manche unter euch, die mit diesem oder jenem unzufrieden sind; doch mögen diese bedenken, daß fehlerlos zu schaffen kaum möglich ist, und mögen sie ihre individuelle Ansicht dem gemeinsamen Zwecke opfern, der, ich wiederhole es, enges Zusammen-

halten fordert. Uns leitet nicht der Machtzettel, auch diejenigen nicht, die an der Spitze der Gewalt stehen; denn jeder von euch wird es ja wissen, daß sie lieber heute als morgen davon loskommen möchten. Patriotisches Interesse und nicht Eitelkeit hält sie auf ihren Posten und leitet sie an, so zu handeln, wie sie es thun."

"Naplo" führt der Opposition zu Gemüthe, daß das einzige Capital, über welches Ungarn nächst seinem historischen Rechte verfügt, seine europäische Reputation sei. Gegenüber den theils geistig mehr entwickelten, theils an Zahl mächtigeren Nachbarvölkern bilde diese Reputation Ungarns besten Schild, so wie sie auch eine Stütze der natürlichen Suprematie über die Nationalitäten sei. Der Ruf der Bildung sei heutzutage werthvoller als der Ruf der Tapferkeit, und er sei besonders für Ungarn nöthig, wenn es auch nur seinen heutigen Standpunkt aufrecht erhalten will. Und doch haben diejenigen den Scandal angezettelt, die für Ungarn noch eine höhere Stellung in Anspruch nehmen. Vielleicht bilden sie sich ein, ganz Europa zu Tode reden zu können.

Die Nationalitätenvertreter haben — wie „Pesti-Naplo" vernimmt, beschlossen, am parlamentarischen Strike der Linken nicht theilzunehmen. „Wir werden beweisen," sagten sie, „daß wir den Parlamentarismus zu würdigen wissen und für denselben reifer sind, als die Ungarn." — „Magyar Allam" dementirt die Nachricht, beim Primas hätte eine Bischofs-Conferenz wegen Feststellung des Wahlprogrammes der Katholiken-Partei stattgefunden. — Eine Wiener Correspondenz des „Naplo" behauptet bestimmt, Andrassy's Bester Reise hänge nicht mit den dortigen Wirren zusammen. — Der „Lloyd" dementirt, daß der Ministerrath sich eingehend mit der Reichstags-Auflösung beschäftigt habe; dieser Gegenstand wurde nur ganz nebenbei berührt. — In der Abend-sitzung des ungar. Unterhauses vom 16. d. wurde bei der namentlichen Abstimmung der Antrag des Petitions-Ausschusses bezüglich der Petitionen über die Verlängerung der Reichsraths-Perioden mit 147 Stimmen der Rechten gegen 82 der Opposition angenommen. — Der Antrag Sr. Exc. des ungar. Justizministers auf Entsendung einer Commission zur Vorberatung des Gesetzes über die Regelung des Criminal-Verfahrens wurde einstimmig angenommen.

Ueber die Verhandlungen des deutschen Bundesrathes in Berlin meldet man unterm 15. d. M. Folgendes: Der in der ersten Sitzung vorgelegte Handels- und Schiffsahrtsvertrag zwischen Deutschland und Portugal, welcher am 2. d. M. zu Lissabon von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet worden ist, umfaßt in 23 Artikeln dieselben Bestimmungen, welche den Inhalt der übrigen internationalen Handelsverträge bilden. Deutschland erlangt durch den Vertrag die Rechte der meistbegünstigten Nation. Die Verhandlungen über den Abschluß des Vertrages schweben seit fast 4 Jahren. Der Vertrag soll einen Monat nach der Auswechslung der Ratificationen in Kraft treten und bis zum 1. Juli 1878 abgeschlossen werden. Wenn keine der vertragschließenden Parteien ein Jahr vor diesem Termin den Vertrag gekündigt hat, so bleibt er dann von Jahr zu Jahr in Kraft, der Vertrag wird ratificirt und die Ratificationen so bald als thunlich in Lissabon gewechselt. — Bei Berathung des Gesetzentwurfes über die Kreisordnung hebt der Minister des Innern hervor, daß die Regierung den größten Werth darauf lege, eine Einigung beider Häuser zu erzielen. Zur Herbeiführung eines Compromisses scheine die Regierungsvorlage geeigneter als die Beschlüsse der Commission. Er werde deshalb bei der Verathung des Gesetzes an der Regierungsvorlage festhalten, ohne die Vorschläge der Commission scharf abzulehnen.

In Baiern ist ein neues Gesetz über die Kriegsent-schädigung für die Leistungen der Pfalz in Folge massenhafter Beschwerden beantragt worden.

In der sächsischen ersten Kammer wurde das Budget des Cultusministeriums beendet, genehmigt und das Capital über die Staatseinkünfte Art. 1—22 votirt; in der zweiten Kammer wurde das Budget des Justizministeriums beraten und Anträge auf Reformen im Justizwesen gestellt.

Wie der „Gazzetta d'Italia" aus Berlin geschrieben wird, wäre nunmehr der Abschluß eines deutsch-italienischen Defensiv-Allianzvertrages eine beschlossene Sache. „Times" findet es natürlich, daß Italien und Deutschland ihre gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen fester knüpfen, um die geheimen ultramontanen Versuche gemeinschaftlich zu bekämpfen. — Die „Opinione" dementirt, daß Befehle ertheilt wurden, zahlreiche Truppen in Rom zu einer Militär-Revue zu concentriren. — Die sterblichen Ueberreste Mazzini's sind am 15. d. in Genua eingetroffen. Zahlreiche Bevölkerung empfing dieselben. Die Ordnung wurde nicht gestört.

Das „Journal officiel" veröffentlicht einen Erlaß des französischen Ministers des Innern, welcher für das laufende Jahr eine Volkszählung anordnet. Es wird diesmal nur eine neue Rubrik aufzunehmen sein, und zwar auf einen von mehreren fremden Regierungen geäußerten Wunsch. Die Maires sollen nämlich die Nationalität jedes einzelnen Einwohners anführen. — In

der am 15. d. stattgefundenen Sitzung der Nationalversammlung haben mehrere Redner der Regierung Spar-samkeit empfohlen. Thiers weist die Behauptung zurück, daß es möglich wäre, 250 Millionen zu ersparen, und hebt hervor, daß die Ausgaben nicht herabgemindert werden können, aber auch nicht das Werk der gegenwärtigen Regierung, sondern ein Vermächtniß der Vergangenheit seien. Die einzige Erhöhung der Ausgaben betreffe das Kriegsbudget. Die Regierung will keinen Krieg, aber diese Erhöhung ist notwendig, um das erforderliche Kriegsmaterial wiederherzustellen, die Grenzen zu besetzen, die Befestigungen von Paris auszubessern und eine Armee zu schaffen, welche keine Unvorsichtige sein soll, und um endlich die Lehren der grausamen Erfahrung sich zunutze zu machen.

England erhielt am 15. d. seitens Frankreichs die Kündigung des Handelsvertrages.

Der „Tagespresse" wird aus Madrid telegraphirt, daß am 15. d. eine Versammlung der hervorragendsten Unionisten und Sagastisten stattfand, deren Präsident Santacruz die Männer der Septemberrevolution für den König gefinnt erklärte, was begeisterte Aufnahme fand.

Das demnächst zur Veröffentlichung gelangende Budget des türkischen Reiches weist ein Deficit von 751.500 Pfd. und außerordentliche Ausgaben im Betrage von 600.000 Pfd. nach. Die Bedeckung soll durch Verpachtung der Zölle in Stambul und den anderen Städten des Reiches erfolgen.

Aus Matamoros in Mexico wird gemeldet: General Rocha (Quarist) besetzte Zacatecas am 3. d. Die Aufständischen sind auf der Flucht.

Tagesneuigkeiten.

— Se. k. und k. Apostolische Majestät haben zu genehmigen geruht, daß zur Errichtung des Schiller-Denkmales in Wien ein Jahresbeitrag von je 3000 fl. durch drei auf einander folgende Jahre aus dem Stadterweiterungsfonds unter der Voraussetzung des angemessenen Fortschreitens der Arbeiten gewidmet werde.

— Ihre Majestät die Kaiserin werden definitiv, wie dem „Voten für Tirol und Vorarlberg" aus Meran, 13. d. M. geschrieben, wird, am 25. d. von dort nach Pest abreisen. — Se. kais. Hoheit Kronprinz Rudolf befindet sich ganz wohl und widmet sich seinen Studien mit großem Eifer. Seine freien Stunden sind von 2—4 Uhr, welche Zeit das kaiserliche Geschwisterpaar gewöhnlich zusammen verbringt. Bei schöner, trockener Witterung werden um diese Zeit Spazierfahrten gemacht, bei welchen der Kronprinz meistens auf der Fleischhauerstraße in Ofen den Wagen verläßt, um Spazieren oder sonstige kleine Bögeln zu schiefen. Der Kronprinz soll bereits ein guter Schütze sein und selten das Ziel verfehlen. Ist die Witterung weniger günstig, so werden die zwei Erholungstagen von der Erzherzogin Gisela sowie vom Kronprinzen Rudolf im Burggarten zugebracht. — Die Fürstin von Rumänien ist nach Wien abgereist.

— (Für die österreichische Nordpol-Expedition) hat das Ministerium für Cultus und Unterricht einen Beitrag von 3000 fl. bestimmt.

— (Die hochw. Bischöfe), welche bei der Prager Konferenz vertreten waren, sollen in den nächsten Tagen Hirtenbriefe an den Clerus ihrer Diocesen erlassen, in welchen derselbe zu Berathungen in den Vicariatsbezirken aufgefodert wird und worin ihm auf die Aufbesserung der materiellen Lage des niederen Clerus hinielende Punkte vorgelegt werden.

— (An der Wiener Weltausstellung) wird Baiern in hervorragender Weise theilnehmen; an der Spitze der Landes-Commission steht der Minister des Innern, und die Zusammensetzung ist so gewählt, daß fast alle theilhaftigen Interessen eine sachmännische Vertretung haben.

— (32 neue größere Bankinstitute) wollen nach der „Pesti Kronika" in Ungarn in nächster Zeit ins Leben treten.

— (Eine neue Zigarrenfabrik) soll in Fiume erbaut werden.

— (Die Abreise des Papstes) von Rom soll nach der „Daily News" denn doch für den 12. April bestimmt sein.

— (Ein internationaler statistischer Congreß) soll im August d. J. in Petersburg abgehalten werden.

Locales.

— (Ein Stipendium von 50 fl. C. M.) ist wegen Mangels an Bewerberinnen anläßlich des beginnenden Vchrcurses in deutscher Unterrichtssprache für Hebammen — wie wir aus bester Quelle erfahren — noch zu vergeben. Das Stipendium dürfte unter diesen Umständen jedenfalls auch an eine etwaige Bewerberin aus der Stadt Laibach vergeben werden.

— (Der Marien-Bruderschafts-Verein) hat am 17. d. Mts. seine Jahresversammlung abgehalten. Es waren 70 Mitglieder anwesend. Der Schriftführer Herr Patie hat den Jahresbericht für das Jahr 1871 vorgelesen. Dieser humanitäre Verein hat im vorigen Jahre in 6 Sitzungen getagt, 113 neue Mitglieder aufgenommen, 55 verstorbene Mitglieder und 22 Kinder der Mitglieder

zur Erde bestatten lassen. Als Unterstützungsbeiträge wurden 143 fl. 50 kr. an 45 Mitglieder vertheilt. Der Verein zählt mit Schluß des Jahres 1871 370 männliche und 1156 weibliche, zusammen 1526 Mitglieder. Das Vereinsvermögen besteht in öffentlichen Staats-Bonds und Privat-Obligationen, Sparkassebücheln und Inventarsachen im Gesamtbetrage von 20.683 fl. 46 1/2 kr. Die Jahresbeiträge der Mitglieder haben nahezu 800 fl., die neuen Einschreibgebühren nahezu 650 fl., die Obligationenzinsen 860 fl. betragen. Für 77 Leichenconducte wurden nahezu 1400 fl. bezahlt. — Nach Vortrag des Rechenschaftsberichtes wurden mehrere Administrationsfachen erledigt; die zum Austritte berufenen Herren Directionsmitglieder Franz Draschler, Franz Kaiser und Josef Ratin wiedergewählt; in der Person des Nobida ein neuer Leichenansager bestellt, und aus der Vereinskasse der nahmhafte Beitrag von 300 fl. den Nothleidenden in Krain angewiesen.

— (Aus dem ärztlichen Verein.) In der am verflossenen Samstag abgehaltenen, von 12 Mitgliedern besuchten Versammlung theilte Obmann Dr. Schiffer mit, daß erstens: der hiesige 1861. Sparcasseverein der Pöschner'schen Stiftung für arme Witwen und Waisen von Vereinsmitgliedern in hochherziger Weise 100 fl. gespendet habe, was mit Dank entgegengenommen wird; — zweitens: der Secundararzt Gramer neu beigetreten ist; endlich drittens: die Petition an das h. Abgeordnetenhaus um vollständige Gleichstellung in der ärztlichen Praxis durch den Reichsrathsabgeordneten Dr. Lipp eingerichtet wurde. Hierauf wurde der Antrag Dr. Kapler's für die Vereinsbibliothek „Casper's gerichtliche Medizin" anzuschaffen, einstimmig angenommen und dann zu den wissenschaftlichen Vorträgen geschritten. Primararzt Fux demonstirte einen von ihm operirten Cancer testis, besprach dessen anatomische Structur und die verschiedenen daselbst sich entwickelnden Krebspecies, und schließlich die Operationsmethode. 2. Primararzt Pleweis demonstirte a. zwei Gallensteine auffälliger Größe, welche er bei der Obduction einer Geisteskranken fand, und b. trug er die interessante Krankheitsstizze eines ihm auf seiner Abtheilung bei einem jungen Mädchen vorgekommenen acuten Leberschwundes vor. 3. Das Schriftführer Valenta einen vom Bezirksarzt Dr. Butscher eingesandten, höchst interessanten Fall aus der gerichtsarztlichen Praxis vor, in welchem nach vier verschiedenen, darunter auch von der Grazer medicinischen Facultät abgegebenen Gutachten nach zwei Jahren von ihm die Diagnose über die Art und Weise einer Handverletzung erklärt wurde. 4. Schließlich demonstirte Professor Valenta a. einen sehr zweckmäßigen Apparat zum Glühen von Brenneisen, b. ein sehr wohlfeiles, einfaches, dabei höchst bequemes Fußbett für Kranke, und c. sprach er über die Cephalotripsie, und zeigte eine Reihe diesbezüglicher Instrumente vor.

— (Arbeits-einstellung.) In der Fabrik des Grobindustriellen Herrn Ebner's haben letzten Montag die Tischler — angeblich wegen Einführung einer zu strengen Fabrikordnung — die Arbeit eingestellt. Heute nehmen dieselben wohl die Arbeit wieder auf, sollen jedoch entschlossen sein, am Freitag gänzlich und insgesammt die Arbeit einzustellen.

— (Theaternachrichten.) Heute geht zum Vortheile der Sängerin Fräulein Pichon die komische Oper „Morilla" über die Bretter. Das genannte Fräulein hat uns durch sein gefühlvolles, freundliches und bescheidenes Auftreten in mehreren Operetten, namentlich als schmucker Prinz in der „Prinzessin von Trapezunt" recht gut gefallen. Fräulein Pichon gibt heute die „Morilla"; die anmuthige Sängerin zählt diesen Part zu ihren Hauptrollen, wir dürfen demnach einen vergnügten Abend und die Beneficiantin ein volles Haus erwarten. — Die Theaterdirection hat dem Orchesterdirector Herrn Johann Gerstner, dem Violinspieler par excellence, die Einnahme am 21. d. (Donnerstag) als Benefice zugewiesen. Herr Gerstner wird uns ganz Apartes, Superfeines vorführen: 1. Ouverture für das Orchester von Fr. Schubert. 2. Komische Scene, gesprochen von Fräulein Krägel. 3. Concerto militaire für die Violine mit Orchesterbegleitung von Lipinski (Beneficiant). 4. „Der Wanderer," „Du bist mein," Lieder von Schubert und Gaimann, gesungen von Fräulein Pichon. 5. „Schwäbisches Gedicht," gesprochen von Frau Leo. 6. Andante mit Variationen für die Violine von Rode (Beneficiant). 7. „Ulfsonst," Pöffe mit Gesang von Restroy. — Herr Gerstner, den wir als Violinlehrer des philharmonischen Vereines zu den Unseren zählen, und das exquisite Programm sind Magnete, die uns am 21. d. in die Theaterräume ziehen werden.

— (Theaterbericht.) Vorgestern wurde „Sanitätsrath Humbugh", Lustspiel von Moser und Drost, hier zum ersten male aufgeführt. Ein reicher Kaufmann, der sein Schicksal im Tode und sein Geschäft aufgegeben hat, nunmehr von seinen Renten lebt, wird sammt seiner Familie — aus Langweile — angeblich krank. Einem jungen, ehrenhaften Arzte gelingt es nicht, diese in der Einbildung lebende und durchaus krank sein wollende Familie geistig zu heilen; ein looserer Geselle, Barbier Quaim, erfährt die Situation, schleicht sich unter dem Titel „Sanitätsrath Humbugh" in der Aussicht auf ein hohes Honorar in das Haus der kranken Familie, schreibt ellenlange Recepte, demonstirt wie ein Professor, wird aber schließlich durch den erwähnten jungen Arzt entlarvt. Der Chef der kranken Familie sieht endlich ein, daß er durch Humbugh geprellt wurde, die kranke Familie wird gesund;

der Sanitätsrath ist aber eigentlich doch die Ursache der erfolgten Genesung, er erhält auch sein Honorar und jede von den zwei Töchtern des Rentiers einen jungen Ehemann. Das Lustspiel ist recht gut gearbeitet, die Idee „überall Schwindel“ recht gut durchgeführt, die Maske des Sanitätsrathes Humbugh natürlich gezeichnet; aber dieses Lustspiel verlangt, daß es mit Laune, mit Humor, schnell und klappend über die Bretter geht. Herr Schlesinger war als „Quale“ excellent, vortrefflich in den ersten Scenen als Barbier, vortrefflich als Sanitätsrath Humbugh; aber die angeblich fränke Familie war wirklich krank, matt, ohne Laune, ohne Humor; Herr Madler war wirklich sehr krank an Körper und Geist, und wenn der Chef der Familie (Rentier Nagel) leidet, leidet das ganze Haus; es litt aber auch der Erfolg der Vorstellung, — er war ein mütter, und was das übelste an der ganzen Sache ist, das Haus war auch sehr matt — besucht. —

Gestern fand die Beneficevorstellung des ersten Gesangscomitès Herrn Schlesinger bei gänzlich ausverkauftem Hause statt. Die Theateräume konnten das herbeigeströmte Publicum gar nicht fassen. Der Liebling des Publicums wurde beim Auftreten beifällig begrüßt, es wurden ihm Kranz und Bouquet gesendet.

Die Posse „D Nanni“ vom Beneficianten Herrn Schlesinger zeichnet einen Scherz, den sich zwei Bediente wegen einer Kellnerin erlauben. Werden die ersten Scenen gekürzt, beginnt der Verfasser ohne weitschweifende Einleitung mit den Verkleidungsscenen, geht die Handlung schnell und lebendig über die Bretter, so wird der Schwan immerhin einigen Anspruch auf guten Erfolg machen können.

Das nette Lustspiel „Im Waggon“ von Görner, constatirt die bühnenvertraute Feder, wurde von den Passagieren Fr. Krügel und Herrn Traut köstlich abgespielt und vom Publicum so beifällig aufgenommen, daß die genannten Träger der Hauptrollen mit Hervorruf ausgezeichnet wurden.

Die Operette „Schwarz und Weiß“ Text von Herrn C. Schlesinger, Musik vom Kapellmeister Herrn Pleininger, hatte nicht jenen günstigen Erfolg, den sich Herr Schlesinger gehofft haben mochte. Würde der Verfasser des Libretto sich entschließen, den Sattlermeister Sporthuber in einen rensportlustigen Cavalier umzugestalten, der die Hand seiner Tochter jenem Edelmann zu spricht, der den ersten Preis auf der Rennbahn erringt; würde der Verfasser den zu elegant auftretenden ländlichen Müllermeister gänzlich fallen lassen und diese Rolle einem schmunzenden, listigen Edelmann zutheilen, so dürfte der Erfolg der Operette ein anderer werden, als er es gestern gewesen. Der musikalische Theil hat wesentliche Vorzüge, eine charakteristische Overture, ein hübsches charakteristisches Jodellied mit Chor, eine reizende Arie der „Marie“, welche vom Fräulein Eberhardt recht gut vorgetragen wurde, und zwei originelle Lieder des Mungo, welche beifällig aufgenommen wurden. Wir bedauern in dieser Saison nicht mehr in die Lage zu kommen, die umgearbeitete Operette über die Bretter schreiten zu sehen.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte Laibach.) Am 21. März. Johann Köblisch: Diebstahl; Maria Pance: Vorschubleistung; Josef Jamnik: schwere körperliche Beschädigung; Mathias Kobilca: Diebstahl; Anna Willsaich und Cons.: Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens; Peter Dejmman und drei Genossen: Betrug; Franz Jupančič: Betrug; Michael Bojc: Betrug. — Am 22. März. Franz Domicar und sechs Genossen: schwere körperliche Beschädigung und Diebstahl.

(Kalender für Landwirthe und Gärtner.) Im März ist es an der Zeit: Spargelbeete, sowie die Beete aller Frühgemüse in Ordnung zu bringen und zu besäen. Kartoffeln und Bohnen werden gelegt, Sommerweizen, Linfen, Erbsen, Hafer, gelbe Rüben und dergleichen werden gesät. Im Garten bringt man Salat, Rettig, Spinat, Weiß- und allen übrigen Kohl, Zwiebeln u. f. w. in die Erde. Ausdauernde Pflanzen, Schnittlauch, Erdbeeren und dergleichen werden verpflanzt, Obstbäume werden beschnitten, veredelt und die Weinstöcke bloßgelegt und ebenfalls verschnitten.

ren und dergleichen werden verpflanzt, Obstbäume werden beschnitten, veredelt und die Weinstöcke bloßgelegt und ebenfalls verschnitten.

Eingefendet.

Einladung

zur Monatsversammlung des Musealvereines
Freitag den 22. März um 5 Uhr Abends
im Locale des historischen Vereines, Lycealgebäude ebenerdig links.

Tagesordnung:

1. Custos Zelouscheg: Einige seltene, in jüngster Zeit dem Museum zugekommenen Thaler.
2. Prof. Dr. Valenta: Die sogenannten Steinbildungen im thierischen Organismus.
3. E. Deschmann: Höhenmessungen mittelst des Aneroids in den Oberkrainer Alpen.

Laibach, 19. März 1872.

Vom Ausschusse des Musealvereines für Krain.

Die vierte ordentliche

Generalversammlung der Credit-Teilnehmer

der

Laibacher Gewerbebank

findet

Dienstag, den 26. März

Abends 6 Uhr im Bureau der Gewerbebank statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Direction bezüglich des Standes des Sicherstellungs- und Reservefonds der Credit-Inhaber, nach dem Jahresabschlusse 1871.
2. Bericht des Revisions-Ausschusses.
3. Bericht der Direction über die in der Generalversammlung der Actionäre am 5. März d. J. beschlossene Liquidation der Laibacher Gewerbebank.
4. Wahl von neun Mitgliedern der Credit-Inhaber, laut § 94 der Statuten.

Der Vorsitzende des Censur-Comité:
Josef Pauer.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Seitdem Seine Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der delicates Revalesciere du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Aerzte und Hospitäler die Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilmittel bezweifeln und führen wir folgende Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutausfließen, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 71814.

Crosne, Seine und Oise, Frankreich, 24. März 1868.

Herr Richy, Steuereinnahmer, lag an der Schwindel auf dem Sterbette und hatte bereits die letzten Sacramente genommen, weil die ersten Aerzte ihm nur noch wenige Tage Leben versprochen. Ich rieth die Revalesciere du Barry zu versuchen, und diese hat den glücklichsten Erfolg gehabt, so daß der Mann in wenigen Wochen seine Geschäfte wieder besorgen konnte und sich vollkommen hergestellt fühlte. Da ich selbst so viel Gutes von Ihrer Revalesciere genossen habe, so füge ich gerne diesem Zeugnisse meinen Namen bei.

Schwester St. Lambert.

Nährhafter als Fleisch, erparst die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Bleibhülsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp.

Börsenbericht. Wien, 18. März. Anglo-Actien fielen im Vorgesichte aus Anlaß des bekannt gewordenen Ertragnisses bis auf 311 um 37 fl., erholten sich aber dann wieder auf 330. Gleichzeitig stiegen Hypothekar-Rentenbank, welche vorgestern 184 notirten, bis 211 um 27 fl. Geringfügiger erscheinen neben diesen Vorgängen die Variationen von etlichen Gulden, welche andere Speculationspapiere aufzuweisen haben und welche im Vorgesichte nach abwärts, Mittags wieder nach aufwärts gingen.

A. Allgemeine Staatsanleihe.		Wiener Communalanleihen, rückz. Geld Waare		Kranz-Josephs-Bahn		Siebenb. Bahn in Silber verz.	
für 100 fl.		zahlbar 5 pEt. für 100 fl.		210 50 211 50		93.50 94. —	
Einheitliche Staatsanleihe zu 5 pEt.		D. Actien von Bankinstituten.		Leimb. G. u. A. - Bahn		Staatsb. G. 3%, a 500 fl. pr. Stk.	
in Noten verzinst. Mai-November		Anglo-östr. Bank		172 — 172 50		Sabb. G. 3%, a 500 fl. pr. Stk.	
Februar-August		Bankverein		453 — 455 —		Sabb. G. a 200 fl. 3. 5% für 100 fl.	
Silber " " " " " "		Boden-Creditanstalt		215 — 215 50		Sabb. G. a 500 fl. pr. Stk.	
April-October		Creditanstalt f. Handel u. Gew.		178.50 179. —		Sabb. G. a 500 fl. pr. Stk.	
Lose v. J. 1839		Creditanstalt f. allgem. ungar.		189 — 189.50		ung. Oabahn für 100 fl.	
1854 (4%) zu 250 fl.		Escompte-Gesellschaft, u. d.		387 — 389 —		207 50 208 —	
1860 zu 500 fl.		Franco-östr. Bank		255 50 256 —		F. Privatlose (per Stk.)	
1860 zu 100 fl.		Generalbank		F. Pfandbriefe (für 100 fl.)		Creditanstalt f. Handel u. Gew.	
1864 zu 100 fl.		Handelsbank		ag. öst. Bod.-Credit-Anstalt		zu 100 fl. 3 W.	
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu		Nationalbank		verlosbar zu 5 pEt. in Silber		189 50 190 50	
120 fl. 8 W. in Silber		Unionbank		in 33 J. rückz. zu 5 pEt. in 8 W.		Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	
B. Grundentlastungs-Obligations		Beretbank		in 33 J. rückz. zu 5 pEt. in 8 W.		15. — 15.50	
für 100 fl.		E. Actien von Transportanleihen.		ag. Bod.-Credit-Anst. zu 5%, pEt.		Hochstet (3 Mon.) Geld Waare	
Böhmen		Alfold-Gruanauer Bahn		105 — 106 —		Augsburg für 100 fl. Sabb. W.	
Salz		Böhm. Westbahn		84 60 89 80		Frankfurt a. M. 100 fl. detto	
Nieder-Österreich		Carl-Ludwig-Bahn		90 75 92 —		Hamburg, für 100 Mark Banco	
Ober-Österreich		Donau-Dampfschiff. Gesellsch.		ag. Bod.-Credit-Anst. zu 5%, pEt.		London, für 10 Pfund Sterling	
Siebenbürgen		Elisabeth-Westbahn (Lin. = Bud-		109 90 110 20		Paris, für 100 Francs	
Südbahnen		weiser Straße)		G. Prioritätsobligationen.		Course der Geldsorten	
Ungarn		Herzogs-Nordbahn		A. Blanz-Ducater. 5 fl. 24 fr. 5 fl. 26 fr.		K. Blanz-Ducater. 5 fl. 24 fr. 5 fl. 26 fr.	
C. Andere öffentliche Anleihen		Kranz-Josephs-Bahn		A. Blanz-Ducater. 8 " 70 " 8 " 71 "		Napoleonsd'or. 8 " 70 " 8 " 71 "	
Donau-Regulirungslose zu 5 pEt.		Leimb. G. u. A. - Bahn		A. Blanz-Ducater. 1 " 63 " 1 " 63 1/2 "		Preuß. Cassenscheine 1 " 63 " 1 " 63 1/2 "	
in g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.		Kranz-Josephs-Bahn		A. Blanz-Ducater. 108 " 25 " 108 " 50 "		Siber 108 " 25 " 108 " 50 "	
d. W. Silber 5% pr. Stk.		Leimb. G. u. A. - Bahn		Krainische Grundentlastungs-Obligations, Pri-		Krainische Grundentlastungs-Obligations, Pri-	
ung. Prämienanleihen zu 100 fl.		Kranz-Josephs-Bahn		vationslose 85.75 Geld. 86 Waare		vationslose 85.75 Geld. 86 Waare	
a 22 (75 fl. Emobl.) pr. Stk.		Leimb. G. u. A. - Bahn					